



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Helge Limburg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 30 18 580-9010

E-MAIL buero-PSSt@bmj.bund.de

10. Juni 2025

Betreff: Ihre Schriftliche Frage Nr. 5/451

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 5/451:

Warum ist die Novellierung des Gewaltschutzgesetzes, insbesondere die Einführung der elektronischen Fußfessel, nicht bereits vom Bundeskabinett verabschiedet oder wenigstens ins Sofortprogramm der Bundesregierung aufgenommen worden?

Antwort:

Der Bundesregierung ist der Schutz von Frauen vor Gewalt ein zentrales Anliegen. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in Gewaltschutzverfahren. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz entwickelt derzeit den noch in der letzten Legislaturperiode vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes fort und wird zeitnah

einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen. Hierbei werden insbesondere Hinweise der Länder zur besseren praktischen und technischen Umsetzbarkeit der Regelung berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. B.', written in a cursive style.